

**HESSISCHER LANDTAG**

30.11.2017

HHA

**Änderungsantrag
der Fraktion DIE LINKE
zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die
Haushaltsjahre 2018 und 2019 (Haushaltsgesetz 2018/2019)
Drucksache 19/5237**

Inhalt des Antrags: **FachdolmetscherInnen bei medizinischen
Behandlungen**

Einzelplan **08** **Hessisches Ministerium für Soziales und Integration**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 08 05 Verpflichtende Transferleistungen
Buchungskreis: 2795

Förderproduktnummer 41 neu
lt. Leistungsplan

Bezeichnung lt. Leistungsplan Landesmaßnahmen für die Einrichtung medizinischer Dolmetscherdienste

Veränderung

von um auf

Leistungsplan 2018:

	Beträge in 1.000 EUR		
Gesamtkosten	0,0	+500,0	500,0
Produktabgeltung	0,0	+500,0	500,0

Leistungsplan 2019:

	Beträge in 1.000 EUR		
Gesamtkosten	0,0	+500,0	500,0
Produktabgeltung	0,0	+500,0	500,0

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Menschen aus 195 Nationen fühlen sich in Hessen zu Hause. Es liegt auf der Hand, dass nicht alle über ausreichende deutsche Sprachkenntnisse verfügen und deshalb Unterstützung für die chancengleiche medizinische Behandlung innerhalb des Gesundheitswesens benötigen.

Der Einsatz von "Laienübersetzern" wie Angehörigen oder Pflege- und Reinigungspersonal ist kein geeignetes Mittel, da es hier an Kenntnissen der medizinischen Hintergründe fehlt und die Privatsphäre der Patientinnen und Patienten verletzt wird (BAMF 2010).

Für eine adäquate sprachliche Verständigung sind interkulturell und medizinisch geschulte Dolmetscher erforderlich. Sie stellen nicht nur eine adäquate medizinische und pflegerische Versorgung sicher, sondern sind auch für die Erfüllung der ärztlichen Aufklärungspflicht unerlässlich.

Es gilt deshalb finanziell sicherzustellen, dass Kliniken qualifizierte interne oder externe Dolmetscherdienste nutzen, die Menschen mit Verständigungsschwierigkeiten über Behandlungsmethoden und Untersuchungsergebnisse aufklären.

Wiesbaden, 30.11.2017

Für die Fraktion DIE LINKE
Die Fraktionsvorsitzende

Janine Wissler